

Caritas in NRW fordert nachhaltige Reformen in der Altenpflege

Von Pia Klinkhammer

12. Februar 2025, 12:48

News und Pressemitteilungen

Top-News für Startseite mit Bild

Soziale Sicherheit in den Fokus des Bundestagswahlkampfes stellen



Düsseldorf, 12. Februar 2025 – Die Caritas in Nordrhein-Westfalen appelliert im Vorfeld der Bundestagswahl an die politischen Entscheidungsträger, dringend notwendige Reformen in der Altenpflege und der offenen Altenarbeit voranzutreiben. Die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen, der zunehmende Fachkräftemangel und die unzureichende Finanzierung der Pflegeversicherung setzen das Pflegesystem massiv unter Druck. Gleichzeitig gefährden kommunale Einsparungen die offene Altenhilfe und nehmen älteren Menschen wichtige soziale Anknüpfungspunkte.

„Die Pflegeversicherung steht vor einem Wendepunkt. Ohne grundlegende Reformen wird die Belastung für Pflegebedürftige und deren Angehörige weiter steigen“, warnt Matthias Schmitt, stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor in Köln. Die Caritas fordert eine nachhaltige Finanzierung der Pflege durch eine Pflegebürgerversicherung oder steuerfinanzierte Modelle, eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege sowie eine gezielte Förderung ambulanter und teilstationärer Angebote. „Pflege muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Nur wenn wir in Prävention, Rehabilitation und technologische Innovationen investieren, können wir die Versorgung langfristig sichern“, so Schmitt weiter.

Auch die offene soziale Altenarbeit gerät zunehmend unter Druck. Einsparungen im kommunalen Bereich treffen vor allem niedrigschwellige Angebote, die entscheidend für den Erhalt von Eigenständigkeit und sozialer Teilhabe sind. „Es darf nicht sein, dass gerade die älteren Menschen, die ohnehin mit vielen Herausforderungen kämpfen, durch fehlende Begegnungs- und Unterstützungsangebote weiter isoliert werden“, betont Paderborns Diözesan-Caritasdirektorin Esther van Bebber. Die Caritas in NRW fordert deshalb eine bundesweit geregelte Basisfinanzierung für präventive Maßnahmen sowie eine verlässliche Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder.

Die Caritas in NRW appelliert an die Politik, die soziale Sicherheit älterer Menschen stärker in den Fokus des Wahlkampfes zu rücken und langfristige Lösungen für Pflege und Altenhilfe zu diskutieren. „Es braucht endlich eine klare politische Strategie, um Pflegebedürftigen einen einfachen, unbürokratischen Zugang zu den benötigten Leistungen zu ermöglichen und die Strukturen so auszugestalten, dass Pflege menschenwürdig und gerecht bleibt“, sagt van Bebber.